

## Sitzungsvorlage Nr. 017/2019

Planungsausschuss  
am 07.11.2019

zur Vorberatung  
- Öffentliche Sitzung -

### Zu TOP 3:

## Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2020, mittelfristige Finanzplanung - Anträge der Fraktionen

I.	Zu behandeln im Planungsausschuss am 13.11.2019: .....	1
II.	Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 20.11.2019: .....	14
III.	Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 27.11.2019: .....	29

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Planungsausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung, der Regionalversammlung die in seine Zuständigkeit fallenden Anträge zum Haushaltsplan 2020 und mittelfristiger Finanzplanung 2021 – 2023 entsprechend seinen Empfehlungen zum Beschluss vorzuschlagen.**

**I. Zu behandeln im Planungsausschuss am 13.11.2019:**

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.01. - 68	CDU/ ÖDP	<p><b>Stand der Umsetzung des Landschaftsparks Neckar</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt zu berichten,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. wie viele Flusskilometer des Neckars in der Region Stuttgart liegen;</li> <li>2. wie viele Flusskilometer naturnah gestaltet sind;</li> <li>3. wie viele Flusskilometer für die Bevölkerung zugänglich sind;</li> <li>4. für wie viele Flusskilometer noch nicht realisierte Planungen vorliegen;</li> <li>5. ob Erkenntnisse darüber vorliegen, ob und aus welchen Gründen vorhandene Planungen verschoben, nicht oder noch nicht realisiert worden sind;</li> <li>6. ob und in welchem Ausmaß die im Masterplan vorgesehene Gestaltung der Flusslandschaft Neckar vom Verband Region Stuttgart vorangebracht und unterstützt werden kann.</li> </ol>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Die Geschäftsstelle erstellt einen Bericht auf Grundlage des verfügbaren Datenmaterials und skizziert mögliche Handlungsoptionen.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.02. - 69	CDU/ ÖDP	<p><b>Baupotenziale im Einzugsbereich der S-Bahn-Haltestellen untersuchen</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, Voruntersuchungen über Baupotenziale im Umkreis der 83 S-Bahn-Haltestellen in der Region Stuttgart aufzugreifen, auf ihre Realisierungsmöglichkeiten hin zu prüfen und bei den betroffenen Kommunen auf die Schaffung des notwendigen Planrechts hinzuwirken.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Zur Vertiefung der Vorstudie „S-URBAN“ der Hochschule für Technik Stuttgart (HFT) setzt sich die Geschäftsstelle mit den Verfassern der Untersuchung ins Benehmen. Auf Basis der Erkenntnisse und im Rahmen des „Aktionsprogramm Wohnen“ des VRS sucht die Verwaltung das Gespräch mit den betroffenen Städten und Gemeinden. Im Zuge der Bearbeitung wird geprüft, inwieweit die Regionalzughalte einbezogen, im Falle geringerer Nutzungsdichten der üblicherweise genutzte Haltestelleneinzugsbereich vom 1000 m betrachtet sowie die noch freien Restkapazitäten auf der Schiene in die Überlegungen einbezogen werden können. Über die Ergebnisse wird im Planungsausschuss berichtet.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses
P.03. - 70	CDU/ ÖDP	<p><b>Holzbauffensive für die Region Stuttgart</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, im Jahr 2020 einen „Holzbaukongress“ durchzuführen, um die Verantwortlichen in den Kommunen und im Baugewerbe (Bürgermeister, Gemeinderäte, Bauamtsleiter, Architekten, Brandschutzbeauftragte usw.) über die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Möglichkeiten und die Chancen des Baustoffes Holz zu informieren. Gleichzeitig können dadurch auch Impulse für die IBA 2027 gesetzt werden.</p>	<p><b>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</b></p> <p>Das wichtige Thema, Holz als nachhaltiger Baustoff, soll im Rahmen der IBA-Begleitmaßnahmen - Neues Themenfeld „Zukunft Bauen“ – der WRS mit aufgegriffen werden.</p>	
P.04. - 71	CDU/ ÖDP	<p><b>Der Wald als Landschaftsparkprojekt</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zu berichten, wie sich die Situation des Waldes in der Region darstellt;</li> <li>2. Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Thema Wald im Bereich des Wettbewerbs Landschaftspark, im Jahr 2021 als Schwerpunktthema, berücksichtigt werden kann.</li> </ol>	<p><b>Zustimmung</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Aktuelle Aussagen zum Zustand der Wälder umfasst der 2019 publizierte Waldzustandsbericht des Landes. Regionalisierte Aussagen liegen nicht vor. Die Geschäftsstelle lädt einen Vertreter eines Fachministeriums für einen entsprechenden Bericht ein.</li> <li>2. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse erarbeitet die Geschäftsstelle einen Vorschlag, wie das Thema im Rahmen des Landschaftsparks aufgegriffen werden kann.</li> </ol>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.05. - 84	Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Extrabudget „Bäume“ im Budget des Landschaftsparks</b></p> <p>Um einer CO2 neutralen, individuellen Mobilität des Verbandes Region Stuttgart näher zu kommen, stellt die Geschäftsstelle Berechnungen an, wieviel CO2 die Regionalversammlung und die Regionalverwaltung in einer Legislaturperiode mit ihren Fahrten produzieren und wie viele Bäume in der Region gepflanzt werden müssten, um dieses CO2 zu kompensieren.</p> <p>Überschlägig werden dafür die Dienstfahrten der Verwaltung, Anreisefahrten der Regionalrätinnen und Regionalräte zu Sitzungen und anderen Terminen in die Berechnungen in Bezug auf die durchschnittlichen Kosten einer Baumpflanzung einbezogen.</p> <p>Das Äquivalent wird in einem Sonderbudget „Bäume“ im Budget des Landschaftsparkprogramms den Mitgliedskommunen auf Antrag zur Verfügung gestellt. Gemeinden können nach Bereitstellung von geeignetem Gelände, z.B. in Neubaugebieten oder Gewerbegebieten, aber auch in Innerortslagen Stadtbäume, Alleebäume, naturnahe Hecken u.Ä. aus diesem Sonderbudget finanziert bekommen.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Die Geschäftsstelle führt Berechnungen auf den verfügbaren Grundlagen durch, um einen groben Anhaltswert zu ermitteln. In einem zweiten Schritt wird ein Vorschlag erarbeitet, wie das Thema Bäume/Baumpflanzungen im Rahmen des Landschaftsparks eingebunden werden kann. Ziel ist es, einen größtmöglichen Mehrwert zu erzeugen.</p>	
P.06. - 88	Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Maßnahmen zur Klimaanpassung bekannt machen</b></p> <p>Nach Abschluss des Vorhabens zu geeigneten Maßnahmen im Blick auf die Klimaanpassung, das in Kooperation mit dem Landkreis Böblingen durchgeführt wurde, berichtet die Verbandsverwaltung dem Planungsausschuss über die Vorgehensweise und die konkreten Ergebnisse und zeigt auf, wie diese auch anderen interessierten Gemeinden in der Region zugänglich gemacht werden können.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Ein entsprechender Bericht erfolgt im Planungsausschuss.</p>	
P.07. - 92	Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Regionale Wanderausstellung mit einzeln verwendbaren thematischen Elementen</b></p> <p>Bei der von der Region beauftragten Wanderausstellung zur Imagebildung über die Arbeit der Region wird besonderer Wert darauf gelegt, dass sie nach der Ausstellung im Stadtpalais weiter an unterschiedlichen Orten gezeigt werden kann. Um auch kleine Ausstellungsflächen bespielen zu können, sollen selbsterklärende Ausstellungsteile geschaffen werden, etwa zu gelungenen Beispielen verdichteten Wohnens oder Landschaftsparkprojekten, die dann interessierten Kommunen als Einzelthema zur Verfügung gestellt werden können.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Erste konzeptionelle Überlegungen für die Ausstellung werden dem Planungsausschuss zeitnah vorgestellt.</p>	

<p>P.08. - 93</p>	<p>Bünd- nis90/ Die Grünen</p>	<p><b>Regionalplan auf dem Prüfstand</b></p> <p>Wir beantragen eine kritische Würdigung der Ziele des Regionalplans. In der Beurteilung und Abwägung von regionalplanerischen Vorhaben treten immer wieder Zielkonflikte auf, die unter der Notwendigkeit von Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine besondere Bedeutung haben. Mit der Verpflichtung auf die Sustainable Development Goals (SDGs) und das kürzlich verabschiedete Klimaschutzpaket sind neue verbindliche Nachhaltigkeitsziele verabschiedet worden.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Der Regionalplan ist ein bewährtes Instrument der überfachlichen räumlichen Gesamtplanung auf überörtlicher Ebene. Er stellt das Ergebnis einer umfassenden Abwägung zwischen unterschiedlichen fachlichen Belangen, den Interessen einzelner Gemeinden bzw. Trägern öffentlicher Belange wie auch Privater dar.</p> <p>Dieser Abwägungsvorgang orientiert sich dabei immer auch an den gesetzlich fixierten Zielen der nachhaltigen Entwicklung.</p> <p>Die SDG erweitern diesen Zielkanon, stellen aber insofern keine verbindliche Vorgabe für den Regionalplan dar. Dennoch kann dargelegt werden, wie regionalplanerische Aussagen zum Erreichen einzelner Nachhaltigkeitsziele beitragen - wobei allerdings bereits feststeht, dass eine querschnittsorientierte Vorgehensweise immer auf Kompromissfindung beruht und damit nicht alle SDG gleichermaßen erreicht werden können.</p>	
-----------------------	--	--	---	--

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.09. - 56	Freie Wähler	<p><b>Kommunikationsoffensive in den Kommunen der Region für Gewerbe und Wohnen</b></p> <p>Die Fraktion Freie Wähler stellt den Antrag, dass die Verbandsverwaltung im Rahmen einer Kommunikationsoffensive auf die Städte und Gemeinden in der Region zugeht, um im persönlichen Kontakt Handlungsempfehlungen und konkrete Hinweise zur Wohn- und Gewerbegebietsentwicklung zu geben.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Die Herstellung von Akzeptanz für die notwendige Entwicklung der Siedlungs- und Infrastruktur in der Region Stuttgart ist weiterhin ein zentraler Bestandteil der Verwaltungsarbeit. Dieses Ziel wird dabei wesentlich auch mit der im Haushalt beantragten Regionsausstellung verfolgt. Die dafür zu erstellenden Inhalte und Kommunikationsmittel sollen entsprechend modular und multifunktional konzipiert werden, damit sie auch über den Anlass der Ausstellung hinaus für regionalplanerische Aktivitäten und dabei insbesondere für akzeptanzsteigernde Maßnahmen eingesetzt werden können. Erste konzeptionelle Überlegungen für die Ausstellung werden dem Planungsausschuss zeitnah vorgestellt.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.10. - 52	SPD	<p><b>Leipzig Charta 2.0</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt,                      1. darzulegen, welche Haltung der Verband Region Stuttgart zur Leipzig Charta 2.0 einnimmt,                      2. zu berichten, welchen Beitrag der Verband Region Stuttgart zum Thema Leipzig Charta 2.0 bisher geleistet hat,                      3. darzustellen, welche regionalpolitischen Auswirkungen die Charta 2.0 auf das Verbandsgebiet haben wird.</p>	<b>Zustimmung</b>	
P.11. - 53	SPD	<p><b>Prinzip Schwammstadt</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, über das „Prinzip Schwammstadt“ (Sponge-city) zu berichten.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Der Umgang mit zunehmender Hitze, Trockenheit und lokalen Starkregeneignissen ist Bestandteil der regionalen Klimastrategie. Im Zusammenhang mit einschlägigen Projekten und Aktivitäten der Geschäftsstelle (u.a.: RisikoMORO, KlimABB) kann dem Planungsausschuss auch über das Konzept der „Schwammstadt“ berichtet werden, ggf. unter Hinzuziehung externer Expertise.</p>	
P.12. - 54	SPD	<p><b>Aktionsprogramm Wohnen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zu berichten, welche konkreten Maßnahmen aus dem Aktionsprogramm Wohnen seit dem letzten Zwischenbericht ( PLA 285/18) im Juli 2018 durchgeführt wurden. Ferner soll die Geschäftsstelle darstellen, welche weiteren Schritte und Vorhaben für 2020 im Einzelnen geplant sind.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Ein entsprechender Bericht erfolgt im Planungsausschuss.</p>	



Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses
P.13. - 55	SPD	<p><b>Starkregengefahrenkarten</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob bisherige Erhebungen aus kommunalen Starkregengefahrenkarten Folgen für die Flächenausweisungen der Regionalpläne haben.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Ein Bericht zum Themenkomplex Starkregen einschließlich der planerischen Implikationen kann im Planungsausschuss erfolgen.</p>	
P.14. - 105	AfD	<p><b>Beschleunigung von Baumaßnahmen</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt Maßnahmen zur Beschleunigung der vom VRS mitverantworteten Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum.</p>	<p><b>Erledigt</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wirkt bereits im Rahmen der eigenen Möglichkeiten auf Maßnahmen zur Beschleunigung hin. Der VRS ist nicht Träger der Bau- und Genehmigungsverfahren.</p>	
P.15. - 106	AfD	<p><b>Aktivierung von Flächennutzungsplänen</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt einen Bericht der Verwaltung darüber, wie die in rechtsverbindlichen Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Wohnbauflächen zu aktivieren sind.</p>	<p><b>Erledigt</b></p> <p>Ausführliche Berichte zu den Möglichkeiten und Aktivitäten der Geschäftsstelle im Hinblick auf die Aktivierung von Wohnbauflächen wurden im Rahmen der einschlägigen Sitzungsvorlagen im Zusammenhang mit dem „Aktionsprogramm Wohnen“ unterbreitet. Der Antrag kann damit als erledigt erklärt werden.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.16. - 107	AfD	<p><b>Wohnbauflächenausweisung</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt einen Bericht der Verwaltung darüber, welche Wohnungszahlen gemäß Planaussage jährlich von 2010 bis 2019 durch die Stellungnahmen zu Bauleitplänen behandelt wurden.</p>	<b>Zustimmung</b>	
P.17. - 108	AfD	<p><b>Bruttowohndichte in vergleichbaren Regionen</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt einen Bericht der Verwaltung darüber, welche Vorgaben der Bruttowohndichte in vergleichbaren anderen Regionen Deutschlands für die Planungen der Gemeinden entwickelt wurden.</p>	<b>Zustimmung</b>	
P.18. - 20	FDP	<p><b>Landschaftspark - Klimapark</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Das Landschaftsparkprogramm wird ab dem Haushaltsjahr 2020 um einen Fördertatbestand „Klimapark - Aufforstungen und klimagerechte Gestaltung und Bewaldung“ ergänzt. Dafür wird ein Betrag von 500.000 Euro jährlich in das Landschaftsparkprogramm eingestellt und durch die Geschäftsstelle ein Vergabekonzept entwickelt.</p>	<p><b>Zustimmung</b></p> <p>Die Geschäftsstelle erarbeitet einen Vorschlag, wie das Thema Bäume/Aufforstungen im Rahmen des Landschaftsparks eingebunden werden kann. Ziel ist es, einen größtmöglichen Mehrwert zu erzeugen.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses
P.19. - 25	FDP	<p><b>Baulandausweisung – Beschleunigung durch Zielvereinbarungen – neue Instrumente</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart beauftragt eine Studie über die bundesweit angewendeten Instrumente zu einer beschleunigten Bereitstellung von Bauflächen durch die Kommunen und deren Umsetzbarkeit in der Region Stuttgart.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle berichtet schon vorab darüber, ob die Ausweisung von Bauflächen beschleunigt werden kann, wenn der Regionalverband Zielvereinbarungen mit den Kommunen schließt bis zu welchem Zeitpunkt Bauflächen ausgewiesen sein müssen.</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, welcher Betrag für die beantragte Studie notwendig wäre. Der ermittelte Betrag ist zur Beschlussfassung in den Haushalt 2020 einzustellen.</p> <p>3. Sollte die Studie zu dem Ergebnis kommen, dass durch gesetzliche Änderungen zugunsten der Region die Ausweisung von Bauflächen beschleunigt werden kann, wird eine entsprechende Initiative der Region zur Beschlussfassung gestellt.</p>	<p>Zu 1. <b>Zustimmung unter folgender Maßgabe:</b> Siehe unten Seite 13</p> <p>Zu 2. <b>Zustimmung unter folgender Maßgabe:</b> Siehe unten Seite 13</p> <p>Zu 3. <b>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</b> Siehe unten Seite 13</p>	
P.20. - 31	FDP	<p><b>Regionale Gewerbegebiete – Potenzialflächen in regionalen Grünzügen – naturschutznahe Umsetzung</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>Der Verband Region Stuttgart legt ein Förderprogramm für die naturschutznahe Umsetzung von Gewerbegebieten auf, das es ermöglicht, Potenzialflächen in regionalen Grünzügen zu erschließen, wenn entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden.</p> <p>1. Die Geschäftsstelle berichtet ergänzend zum Gewerbemonitoring 2019, das im WIV vom 09.10.2019 vorgelegt wurde, ob und wo in den regionalen Gewerbeschwerpunkten und in welcher Größe Flächen vorhanden sind, die derzeit in den regionalen Grünzügen liegen oder anderweitigen Beschränkungen unterliegen, die aber als Gewerbeflächen denkbar wären. Dies gilt insbesondere für Flächen entlang der Autobahnen und Bundesstraßen.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle berichtet weiterhin, für welche Gewerbeflächen außerhalb der regionalen Gewerbeschwerpunkte die unter Punkt 1 genannten Bedingungen gelten. Auch hier sind Autobahnen, Bundesstraßen und Zubringerstraßen besonders zu berücksichtigen.</p> <p>3. Die Geschäftsstelle berichtet, für welche dieser Potenzialflächen die Beschränkungen aufgehoben werden könnten, wenn naturschutznahe Ausgleichsmaßnahmen, vorgenommen würden.</p> <p>4. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 250.000 Euro für den Start des Programms im Jahr 2020 ausreicht. Der ermittelte Betrag ist zur Beschlussfassung in den Haushalt 2020 einzustellen.</p>	<p>Zu 1. und 2 <b>Erledigt.</b></p> <p>Zu 3. <b>Keine Zustimmung.</b></p> <p>Zu 4. <b>Erledigt.</b></p> <p>Erläuterungen siehe unten Seite 13</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses
P.21. - 8	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Vorsorgendes Klima-Risikomanagement im Regionalplan verankern</b></p> <p>1. In der mittelfristigen Finanzplanung wird mit Zielhorizont der Fortschreibung des Regionalplans nach 15 Jahren, also im Jahr 2024, die vollständige Integration eines vorsorgenden Klima-Risikomanagement vorbereitet.</p> <p>2. Hierzu sind die aus dem Modellvorhaben der Raumordnung MORORisiko und der Vertiefung im Landkreis Böblingen (KlimABB) gewonnenen Erkenntnisse auf die gesamte Region Stuttgart zu übertragen, sowie die bereits vorliegenden regionalen Gefahrenkarten zu Hochwasserrisiken heranzuziehen, und als Multigefahrenkarten in geeigneter Weise in den Regionalplan einzubetten.</p> <p>3. Die Verwaltung beziffert die für den Zeitraum von fünf Jahren notwendigen Ressourcen in Haushalt und Stellenplan und stellt diese bereit.</p>	<p><b>Erledigt</b></p> <p>Zu 1. und 2.: Der Regionalplan für die Region Stuttgart wurde auf Basis des Regionalen Klimaatlasses als einer der ersten Regionalpläne an Klimaaspekten ausgerichtet und mit entsprechender Schwerpunktsetzung in die Anwendung gebracht. Neu hinzukommende Elemente und Erkenntnisse, etwa zum Themenkomplex Starkregengefahren, werden in laufenden Projekten und durch deren Verstärkung anwendungsorientiert in die Beratung der Städte und Gemeinden eingebracht.</p> <p>Zu 3.: Der Antragspunkt ist damit hinfällig.</p>	

**Stellungnahme der Geschäftsstelle zu P.19. – 25:**

Zu 1.

**Zustimmung unter folgender Maßgabe:**

Im Planungsausschuss kann durch externe Experten über Erfahrungen mit solchen Instrumenten berichtet werden. Die Durchführung einer eigenständigen Studie erscheint nicht erforderlich.

Zu 2.

**Zustimmung unter folgender Maßgabe:**

Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen liegen die Ursachen für eine verzögerte bzw. fehlende Baulandbereitstellung allerdings bei Faktoren, die durch die Gemeinde nicht unmittelbar behoben werden können (Naturschutzbelange, mangelnde Verkaufsbereitschaft, Widerstand von Nachbarn oder anderen Betroffenen, unzureichende politische Mehrheiten). Hierzu wurde im PA berichtet (vgl. Sitzungsvorlage 116/2017)

Die Geschäftsstelle kann die Möglichkeiten von Zielvereinbarungen aber konkret beurteilen lassen und über das Ergebnis berichten.

Zu 3.

**Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:**

Entscheidung nach Vorliegen der Ergebnisse. Das BauGB bietet verschiedene Instrumente bzw. Maßnahmen, die der Aktivierung von Bauflächen dienen (gesetzl. Umlegung, Baugebot, städtebaul. Entwicklungsmaßnahme).

Weitergehende Ansätze würden z.B. eine Änderung bodenordnungsrechtlicher Eingriffsmöglichkeiten oder eine Einschränkung bürgerschaftlicher Einwirkungsmöglichkeiten bedeuten (Änderung Gemeindeordnung).

**Stellungnahme der Geschäftsstelle zu P.20. – 31:**

Zu 1. und 2

**Erledigt.**

Regionale Gewerbeschwerpunkte sind als Ziele der Regionalplanung definiert und stellen damit verbindliche Vorgaben für die Bauleitplanung dar.

Die regionalplanerische Abwägung ist damit abgeschlossen – Konflikte mit dem Regionalen Grünzug sind nicht möglich.

Wie im Monitoringbericht der WRS im WIV dargelegt (Vorlage 5/2019) sind in der Region insgesamt rd. 1.000 ha Gewerbeflächen in den Flächennutzungsplänen gesichert. Die Umsetzung dieser Flächen – unabhängig von der Lage in Regionalen Gewerbeschwerpunkten - sollte vorrangig angegangen werden.

Unabhängig davon laufen im Bereich der BAB 8 Voruntersuchungen zur Neuausweisung von Gewerbeflächen. Über deren Ergebnis wird berichtet.

Zu 3.

**Keine Zustimmung.**

Ausgleichsmaßnahmen sind für die Entwicklung von Gewerbeflächen grundsätzlich vorgeschrieben.

Über die Aufhebung von naturschutzfachlichen Beschränkungen ist in dafür vorgesehenen Verfahren (z.B. Änderung von Landschaftsschutzgebieten zu entscheiden) von den zuständigen Stellen zu entscheiden.

Zu 4.

**Erledigt.**

Der Verband Region Stuttgart hat ein Programm zur Unterstützung der Umsetzung von Gewerbegebiete aufgelegt. Eine parallele Förderung wird nicht empfohlen.

**II. Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 20.11.2019:**

Nr. Ausschuss Nr. Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.01. - 72	CDU/ ÖDP	<p><b>Offensive „Zulaufstrecken“ für eine bessere S-Bahn</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Offensive „Zulaufstrecken“ zu starten und dazu Gespräche mit Land, Bund und Bahn sowie ggf. weiteren Beteiligten aufzunehmen. Ziele sind dabei: 1. Engpässe auf den bestehenden Zulaufstrecken möglichst zeitnah zu beseitigen; 2. die Zulaufstrecken im Hinblick auf künftige Angebotsausweitungen zu überprüfen und ggf. Lösungen für den Ausbau zu erarbeiten.</p>		
V.02. - 73	CDU/ ÖDP	<p><b>Erhöhung des Anteils des Radverkehrs am Modal Split</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt zu berichten, inwieweit anlässlich der Radsport-Großveranstaltungen 2020 und 2021 in der Region Stuttgart in Kooperation mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) Werbemaßnahmen und Werbeveranstaltungen, die zur Nutzung des Rades im alltäglichen Leben anregen sollen, durchgeführt werden können, um den Anteil des Radverkehrs im Modal Split zu erhöhen.</p>		
V.03. - 74	CDU/ ÖDP	<p><b>Express-S-Bahn für das Heckengäu</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Express-S-Bahnlinie S 62 zum schnellstmöglichen Termin, unabhängig von der Fertigstellung eines Bahnsteiges in Feuerbach, in der Relation Weil der Stadt – Zuffenhausen in Betrieb genommen wird.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.04. - 75	CDU/ ÖDP	<p><b>Auswirkungen der Verkehrsreduktion in der Stuttgarter Innenstadt auf das regionale Umland</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,                      1. zu berichten, inwieweit die Maßnahmen der Stadt Stuttgart zur Verkehrsreduktion in der Stadt mit dem Regionalverkehrsplan vereinbar sind;                      2. mit der Stadt Stuttgart Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Maßnahmen zur Umsetzung des Regionalverkehrsplanes zügig zu realisieren; 3. zu berichten, wie die Einrichtung und Steuerungswirkung von Pförtnerampeln unter regionalen Gesichtspunkten einzuschätzen sind und ob diese mit den Zielsetzungen des Regionalverkehrsplans vereinbar sind;                      4. zu berichten, welche Möglichkeiten bestehen, Maßnahmen, die den Regionalverkehrsplan konterkarieren, zu verhindern.</p>		
V.05. - 76	CDU/ ÖDP	<p><b>Schwieberdingen mit den Standorten von Bosch und Porsche an die Schiene bringen</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, Gespräche mit den betroffenen Kommunen, den Verkehrsträgern sowie den Unternehmen aufzunehmen mit dem Ziel, die Standorte Bosch und Porsche in Schwieberdingen an das Schienennetz in der Region Stuttgart anzubinden. Auch soll eine Mehrfachnutzung der Anbindung unter den Gesichtspunkten des Transportes von Waren und Material von und zu den Standorten von Bosch und Porsche geprüft werden.</p>		
V.06. - 77	CDU/ ÖDP	<p><b>Mobilitätspunkte mit dem Umfeld verknüpfen</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, modellhaft Konzepte zur Verknüpfung von Mobilitätspunkten mit deren Umfeld zu erarbeiten und diese gemeinsam mit den interessierten Kommunen im Rahmen der IBA 2027 umzusetzen. Für die Konzeption werden Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro in den Haushalt aufgenommen.</p>		
V.07. – 78	CDU/ ÖDP	<p><b>Entwicklung eines regionalen Radwegenetzes</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, mit den Landkreisen, betroffenen Kommunen und dem Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg einen Arbeitskreis „Koordination regionale Radwege und Radschnellwege“ einzuberufen.</p>		
V.08. - 79	CDU/ ÖDP	<p><b>Reservierungen bei RegioRadStuttgart für Firmenkunden und Gruppen ermöglichen</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, mit RegioRadStuttgart Gespräche zu führen mit dem Ziel, Pedelecs für Gruppen und Firmenkunden längere Zeit im Voraus buchen zu können.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.09. - 80	CDU/ ÖDP	<p><b>Steigerung der Nutzungszahlen bei RegioRadStuttgart – 30 Freiminuten für Pedelecs</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt zu prüfen, ob die Nutzung von Pedelecs von „RegioRadStuttgart“ für polygoCard-Besitzer in den ersten 30 Minuten gratis angeboten werden kann.</p>		
V.10. - 81	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Attraktive Fahrpreise für alle</b></p> <p>1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den übrigen Aufgabenträgern im ÖPNV in der Region sowie dem VVS Verhandlungen über die Einführung und Finanzierung eines Jahrestickets für Schüler, Auszubildende und Studierende in der Größenordnung von 365 Euro aufzunehmen.</p> <p>2. Die Einbeziehung des Seniorentickets sowie eines regionsweiten Tickets für Menschen in staatlichen Hilfesystemen (ALG II, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sollen ebenfalls geprüft und als weitere Optionen dargestellt werden.</p> <p>3. Der VVS soll dazu in einer Sitzung des Verkehrsausschusses verschiedene Ticket- und Finanzierungsmodelle vorstellen. Ebenso sollen dabei verkehrliche Wirkungen Berücksichtigung finden.</p>		
V.11. - 82	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Durchgängiger Nachtverkehr auch unter der Woche</b></p> <p>Der Verband erarbeitet einen Stufenplan mit Kostenberechnung, wie der durchgängige Nachtverkehr auf allen S-Bahnlinien und Wochentagen - beginnend mit der Donnerstagnacht – bis zum Ende dieser Wahlperiode umgesetzt werden kann.</p>		
V.12. - 83	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Expressbusse optimieren</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Landeshauptstadt und dem Verkehrsministerium einen Runden Tisch „Expressbus“ einzurichten. Dabei soll zum einen der Erfahrungsaustausch zwischen den Aufgabenträgern und Betreibern der regionalen, städtischen und Landesexpressbusse in der Region Stuttgart gesichert werden; zum anderen soll dieser Runde Tisch mögliche neue Linienführungen aufgabenträgerübergreifend diskutieren und aufeinander abstimmen.</p>		
V.13. - 85	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Förderprogramm für RegioRad</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, ein Förderprogramm zum Ausbau von RegioRad Stationen aufzulegen. Gefördert werden sollen der Betrieb von RegioRad Stationen an SPNV Haltepunkten für drei Jahre, wenn weitere Leihstationen in der Kommune erstellt werden.</p> <p>Die Fördermittel betragen jährlich 150.000€ und sollen nach dem Windhund-Prinzip vergeben werden.</p>		



Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.14. - 87	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Klimaschutz mit der S-Bahn - Umstellung auf Ökostrom</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie die S-Bahn auf klimaneutralen Ökostrom um-ge- stellt werden kann. Damit der Haushalt nicht zusätzlich belastet wird, sollen Gespräche mit dem Lan- desverkehrsministerium aufgenommen werden, um eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel zu erreichen.</p>		
V.15. - 89	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Nachhaltige Mobilität in der Fläche</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der WRS eine Strategie zur flächenmäßigen Ver- breitung von nachhaltigen Mobilitätsdienstleistungen zu erstellen. Ziel soll es dabei sein, neue ver- netzte Angebote wie Carsharing, Bikesharing, Mitfahrnetzwerke und Rufbusssysteme vor allem in den kleineren und mittleren Kommunen zu etablieren. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob das Ende 2021 auslaufende Förderprogramm Modellregion für nachhaltige Mobilität gegebenenfalls neu aufgelegt und mit entsprechenden neuen Schwerpunkten hinterlegt wer- den sollte.</p>		
V.16. - 91	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Notfallkonzept für die S-Bahn</b></p> <p>Die Verwaltung möge darstellen, wie das Notfallkonzept für die S-Bahn während der weiteren Bau- phasen von S21 aussieht. Dabei sind insbesondere die weiteren Meilensteine Unterbrechung Pano- ramastrecke/Abbruch Gäubahnbrücken und Bau Filderbahnhof zu berücksichtigen.</p>		
V.17. - 94	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Tarife stabil halten</b></p> <p>Der Verband wird gemeinsam mit den Partnern im VVS nach Wegen suchen, eine Tariferhö- hung im Jahr 2020 zu vermeiden. Um den Verkehrsunternehmen im VVS Kostensteigerungen auszuglei- chen, die durch Tarifeinnahmen nicht gedeckt sind, erklärt sich der Verband bereit, Pönalemittel der S-Bahn aus den Jahren 2019 und 2020 einzubringen.</p>		
V.18. - 95	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Taxi-Ruf in der S-Bahn</b></p> <p>Der VRS soll gemeinsam mit DB-Regio prüfen, wie das Nacht- bzw. Frauen-Nacht-Taxi ana- log der SSB auch für die S-Bahn umgesetzt werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie hoch ein entsprechender Zuschuss zum Frauen-Nacht-Taxi ausfallen würde.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.19. – 96	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>„Verkehrswende mit der S-Bahn vorantreiben“</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die betrieblichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Verdopplung der Personenkilometer (auf Basis der Verkehrserhebung von 2009/2010) auf der S-Bahn darzustellen (inkl. Kostenabschätzung und Finanzierungsmöglichkeiten). Mögliche Maßnahmen zur Verdopplung der Personenkilometer sind die Verlängerung bestehender S-Bahn-Linien über ihre Endhaltepunkte hinaus, zusätzliche Tangentialverbindungen sowie eine Verdichtung auf den 10-Minuten-Takt. Bei den infrastrukturellen Voraussetzungen sind die Erfordernisse und Zusatzoptionen von Stuttgart 21 (insbesondere T-Spange und Nordkreuz) sowie etwaige Engpässe auf den Zulaufstrecken zum Hauptbahnhof zu berücksichtigen.</p>		
V.20. - 97	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p><b>Verlängerung der S 5 bis Vaihingen Enz</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlängerung der S5 von Bietigheim nach Vaihingen Enz zu prüfen und einen Vorschlag zu erarbeiten, wie diese Verlängerung zeitnah umgesetzt werden kann.</p>		
V.21. - 57	Freie Wähler	<p><b>Mehr Drive für RegioRad</b></p> <p>Es wird um einen Bericht zu RegioRad Stuttgart mit aktuellen Ausleihzahlen in den beteiligten Kommunen gebeten. Außerdem soll auf Grundlage dieses Berichts überlegt werden, ob es Sinn macht, die Koordination von RegioRad Stuttgart zukünftig als regionale Aufgabe wahrzunehmen und diese beim Verband Region Stuttgart mit zu verorten. Vorsorglich wird die Schaffung einer Stelle beantragt.</p>		
V.22. - 58	Freie Wähler	<p><b>Umsetzung des Regionalverkehrsplanes</b></p> <p>Es wird gebeten, über den aktuellen Stand der Umsetzung des Regionalverkehrsplans, besonders zum Nordoststring und der Filderauffahrt zu berichten. Darüber hinaus bitten die Freien Wähler, den Landesverkehrsminister beim Faktenfinden zu unterstützen. Sollten alternative Fakten gefunden werden, sind diese kenntlich zu machen.</p>		
V.23. - 60	Freie Wähler	<p><b>Zukunftspakt Mobilität Region Stuttgart nur mit dem Verband Region Stuttgart</b></p> <p>1. Der Verband wird gebeten, über den vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg initiierten Zukunftspakt laufend zu berichten. 2. Die Region wird gebeten, sicherzustellen, dass die regionale Selbstverwaltung im Prozess und einer möglichen Umsetzung des Mobilitätspaktes gewahrt bleibt.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.24. - 63	Freie Wähler	<p><b>Keine Preiserhöhung für das ScoolAbo, das AzubiAbo und das StudiTicket</b></p> <p>Bei der nächsten Preiserhöhung für die VVS Tarife werden die Ticketpreise für das SchoolAbo, das AzubiAbo und das StudiTicket nicht erhöht. Der Verband macht seinen Einfluss im im VVS Aufsichtsrat dahingehend geltend.</p>		
V.25. - 34	SPD	<p><b>365 Euro-Ticket</b></p> <p>Die Regionalverwaltung und die Aufsichtsräte im VVS werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Gespräche mit den Vertretern von Landkreisen, Landeshauptstadt Stuttgart insbesondere mit denen des Landes aufgenommen werden, damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um die zügige Einführung eines 365 EuroTickets für alle im VVS vorzubereiten.</p>		
V.26. - 35	SPD	<p><b>Barrierefreiheit im ÖPNV herstellen</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt, sich zum Ziel zu bekennen, die Barrierefreiheit im ÖPNV in regionaler Verantwortung bis zum Ende der Legislaturperiode herzustellen.</p>		
V.27. - 36	SPD	<p><b>Nach der Reform ist vor der Reform</b></p> <p>Die Regionalverwaltung und die Aufsichtsräte im VVS werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Stuttgarter Modell des Sozialtickets auf die ganze Region übertragen wird,</li> <li>2. eine Evaluation der VVS-Tarifreform im Hinblick auf die ländlichen Räume durchgeführt wird, mit dem Ziel, weitere Schritte für eine Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum zu erreichen.</li> </ol>		
V.28. - 37	SPD	<p><b>Für attraktive Stadttickets</b></p> <p>Die Regionalverwaltung und die Aufsichtsräte im VVS werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ein Stadtticket auch für kleinere und mittlere Kommunen unter 20.000 Einwohnern zu einem attraktiven Preis angeboten wird,</li> <li>2. geprüft wird, wie hoch der finanzielle Aufwand wäre, wenn für das gesamte VVS-Tarifgebiet auf die Finanzierung der Mindereinnahmen durch die jeweilige Kommune verzichtet würde.</li> </ol>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.29. - 38	SPD	<p><b>Nordkreuz planen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Partnern von Bund, Land, Stadt und Bahn die weiteren Planungen für den Bau des Nordkreuzes, die T-Spange und die P-Option zeitnah voranzutreiben. Dabei sollen vertiefte Vorplanungen, Kostenschätzungen und mögliche Betriebsoptionen untersucht werden. Die hierfür benötigten Haushaltsmittel sind in den Haushalt einzustellen.</p>		
V.30. - 39	SPD	<p><b>Künftige Dauernutzung der Panoramabahn untersuchen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Partnern von Land, Stadt und Bahn zeitnah eine Entscheidung über die dauerhafte Nutzung der Panoramabahn für den regionalen Schienenpersonennahverkehr vorzubereiten.</p>		
V.31. - 40	SPD	<p><b>Entwicklung der Nutzung von Tretrollern, E-Rollern und Pedelecs</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. einen Bericht über die Entwicklung von Tretrollern (E-Scooter) und E-Rollern vorzulegen, insbesondere darüber, <ol style="list-style-type: none"> <li>a) wie viele Tretroller und E-Roller in der Region eingesetzt werden,</li> <li>b) wie viele unterschiedliche Anbieter es gibt,</li> <li>c) ob eine Einbindung in das Polygo-System bereits existiert oder geplant ist;</li> </ol> </li> <li>2. Auskunft über die Planung weiterer Pedelec-Stationen und Abstellflächen in der Region zu geben.</li> </ol>		
V.32. - 41	SPD	<p><b>Taktverdichtung zum 10-Minuten-Takt bei den S-Bahnen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, Strategien zur Verdichtung des S-Bahn Taktes zu einem 10-Minuten Takt während der Hauptverkehrszeiten vorzulegen und diesbezüglich zeitnah Gespräche mit der Bahn und dem Land zu führen.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.33. - 42	SPD	<p><b>Schusterbahn zur S-Bahn ausbauen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept für einen S-Bahn Regelbetrieb auszuarbeiten. Dabei müssen insbesondere Entscheidungen über folgende Punkte herbeigeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Start- und Endpunkt der S-Bahn, mindestens jedoch von Esslingen bis Ludwigsburg,</li> <li>- Taktfrequenz, mindestens in der HVZ ein 30-Minuten Takt,</li> <li>- Bau eines zweiten Bahnsteigs im Bahnhof Stuttgart-Münster,</li> <li>- Prüfung möglicher weiterer Halte entlang der Schusterbahn, z.B. im Bereich des Neckarparks.</li> </ul> <p>Möglicherweise benötigte Haushaltsmittel sind im Haushalt einzustellen.</p>		
V.34. - 109	AfD	<p><b>Pünktlichkeit der S-Bahnen</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt einen Bericht der Verwaltung, durch welche konkreten Maßnahmen sichergestellt werden kann, dass der S-Bahnverkehr ganzjährig pünktlicher und störungsärmer funktioniert.</p>		
V.35. - 110	AfD	<p><b>Ausfahrbare Schiebetritte an S-Bahnen</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt eine repräsentative Fahrgastbefragung über die ausfahrbaren Schiebetritte der S-Bahnen.</p>		
V.36. - 111	AfD	<p><b>Barrierefreiheit im ÖPNV</b></p> <p>Die Fraktion der AfD im VRS beantragt eine Aufstellung der Verwaltung über die Reparaturzeiten defekter Aufzüge an S-Bahn-Haltestellen in der vorherigen Wahlperiode.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.37. - 19	FDP	<p><b>Bahnsteigtüren - Modellversuch Stuttgart / München</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, gemeinsam mit München beziehungsweise der Münchener Verkehrsgesellschaft (MVG) ein Pilotprojekt Bahnsteigtüren umzusetzen. In München wird der Start dieses Projektes, mit dem schwere Unfälle genauso verhindert werden sollen wie Selbsttötungen oder Tötungsdelikte, nach Presseberichten für 2023 beim U-Bahn-Betreiber MVG in Form eines Modellversuches geplant.</p> <p>Sollte eine Zusammenarbeit möglich sein, sind die notwendigen Finanzmittel durch die Geschäftsstelle zu beziffern und in den Haushaltsplanentwurf zur Beschlussfassung einzustellen. Die Kosten für den Versuch in München werden laut Presseberichten auf eine Million Euro geschätzt (tz vom 02.08.2019)</p> <p>2. Grundlage der Münchner Entscheidung ist eine Machbarkeitsstudie, deren Ergebnisse im August vorgestellt wurde. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, über diese Machbarkeitsstudie zu berichten und darzustellen, inwieweit Ergebnisse auf die Region Stuttgart übertragbar sind oder ob es sinnvoll ist, eine eigene Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Für diesen Fall sind die notwendigen Finanzmittel durch die Geschäftsstelle zu beziffern und in den Haushaltsplanentwurf zur Beschlussfassung einzustellen.</p>		
V.38. - 21	FDP	<p><b>S2-Kosten – Controller / Prüfung zweigleisiger Ausbau</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart beauftragt für die weitere Projektabwicklung einen externen Controller, der das Projekt ab sofort begleitet. Seine Aufgabe ist es, weitere Kostensteigerungen nach Möglichkeit zu verhindern und das Vier-Augen-Prinzip bei der Projektabwicklung sicherzustellen. Die Geschäftsstelle beziffert die Kosten und stellt diese zur Beschlussfassung in den Haushaltsentwurf ein.</p> <p>2. Über die Kostenentwicklung bei Bau der S2 ist künftig halbjährlich zu berichten.</p> <p>3. Die Geschäftsstelle berichtet, ob es nach den Erfahrungen des bisherigen Projektablaufs und der aufgetretenen Verzögerungen nicht sinnvoller wäre, die Strecke der S2 doch wie ursprünglich geplant zweigleisig zu planen und welche zusätzlichen Kosten aktuell nach den neuen Kostenschätzungen mit einem zweigleisigen Ausbau verbunden wären.</p> <p>Die Kosten für den zweigleisigen Weiterbau sind durch die Geschäftsstelle zu beziffern und zur Beschlussfassung in den Haushaltsentwurf 2020 einzustellen.</p> <p>4. Die Geschäftsstelle berichtet, welche Kosten bei einem nachträglichen zweigleisigen Ausbau beziehungsweise bei einem Ringschluss bis ins Neckertal nach Fertigstellung der jetzigen Strecke zu erwarten wären und mit welcher Zeitdauer gerechnet werden muss.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.39. - 22	FDP	<p><b>Sicheres Abteil S-Bahn - Redesign</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Der Verband Region Stuttgart weist den Bereich hinter den Fahrerständen der S-Bahnen als „Sicheres Abteil“ aus und kennzeichnet dieses im Rahmen des anstehenden Redesigns auch als solches. Die Geschäftsstelle prüft, ob dafür eventuell zusätzliche Kameras eingebaut werden sollten. Die Geschäftsstelle ermittelt die notwendigen Kosten und prüft, ob diese im Rahmen des ohnehin anstehenden Redesigns abgedeckt werden können. Wenn dies nicht der Fall ist, stellt sie den ermittelten Betrag in den Haushaltsentwurf zur Beschlussfassung ein.</p>		
V.40. - 24	FDP	<p><b>Zuschussprogramm und Konzept Trinkwasserbrunnen</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Der Verband Region Stuttgart legt ein Zuschussprogramm für die Schaffung von kommunalen Trinkwasserbrunnen auf und erarbeitet zusätzlich ein Konzept zur Einführung von Standtrinkbrunnen an den S-Bahn-Stationen in Zusammenarbeit mit der DB und den Standort-Kommunen, sowie der SSB und der Stadt Stuttgart für den Bereich Stuttgart. Im Rahmen dieses Programms geschaffene Trinkbrunnen sollen analog zu den Stelen bei Landschaftsparkprojekten deutlich sichtbar auf die Beteiligung des Verbandes Region Stuttgart hinweisen. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 250.000 Euro für den Start des Programms ausreicht, um die Erstellung des Konzeptes und eine erste Umsetzung zu finanzieren. Der ermittelte Betrag ist in den Etat 2020 einzustellen.</p>		
V.41. - 28	FDP	<p><b>Regionaler Mobilitätsrechner</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Der Verband Region Stuttgart berichtet über den Stand der Entwicklung des Mobilitätsrechner des Landes. Sollte ein solcher nicht zur Verfügung stehen oder nicht zur Verwendung in der Region Stuttgart geeignet sein, klärt die Geschäftsstelle die aktuellen Möglichkeiten des Münchner Mobilitätsrechners und dessen Anpassung auf die Region Stuttgart. Für die Anpassung beziehungsweise Entwicklung werden 100.000 Euro in den Haushalt 2020 eingestellt.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.42. - 29	FDP	<p><b>Seilbahnen als ÖPNV-Verkehrsmittel</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Der Verband Region Stuttgart bietet seinen Mitgliedskommunen an, gemeinsam mit ihnen die Nutzung von Seilbahnen als öffentliche Verkehrsmittel zu prüfen und mit ihnen zusammen die „Relevanzprüfung und Vorplanung“ zu betreiben, die das Landesverkehrsministerium in seinem Leitfaden als ersten Schritt nennt, um Seilbahnprojekte umzusetzen. Für diesen Arbeitsschritt werden die anfallenden Kosten im Verhältnis 50:50 geteilt, wobei Landeszuschüsse vor der Teilung abgezogen werden. Für den Start dieses Programms wird ein Betrag von 100.000 Euro im Haushalt 2020 bereit gestellt.</p>		
V.43. - 30	FDP	<p><b>Prüfung Umsetzbarkeit Zweite Stammstrecke – Bericht über Finanzierung München</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>1. Die Möglichkeit des Baus einer zweiten Stammstrecke in Stuttgart wird geprüft. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, im ersten Schritt einen Experten aus München einzuladen, der über die Planung und den aktuellen Stand des Baus der zweiten Stammstrecke in München und insbesondere über deren Finanzierung berichtet.</p> <p>2. Im Anschluss an diesen Bericht wird zur weiteren Prüfung ein Gutachten über die Umsetzbarkeit einer zweiten Stammstrecke in Stuttgart beziehungsweise der angrenzenden Region Stuttgart in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten sollte auch über das in Baden-Württemberg mögliche Finanzierungsmodell Auskunft geben.</p> <p>Der Mittelbedarf für das unter Punkt 2 genannte Gutachten ist durch die Geschäftsstelle zu beziffern und in den Haushaltsentwurf 2020 zur Beschlussfassung einzustellen. Der Betrag ist aber mit einem Sperrvermerk zu versehen. Eine etwaige Auftragsvergabe soll erst im Anschluss an den Bericht aus München erfolgen.</p>		



Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.44. - 33	FDP	<p><b>Toilettenprogramm bei Infrastrukturvorhaben – P+R-Programm – Radparkhäuser/-boxen</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Der Verband Region Stuttgart legt ein Bau- und Zuschussprogramm für die Ergänzung von Infrastrukturanlagen im Bereich von und an S-Bahn-Stationen durch Toilettenanlagen auf. Dieses soll gelten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Für alle P+R-Plätze im Programm der regionalen P+R-Förderung für die die Region Verträge mit den Kommunen geschlossen hat.</li> <li>2. Für alle anderen Infrastrukturmaßnahmen an S-Bahn-Stationen, wie beispielsweise den Bau von Fahrradparkhäusern und -boxenanlagen oder den Bau von RegioRad-Verleihstationen in Anhängigkeit von der jeweiligen Zuständigkeit für den Betrieb.</li> <li>3. Für alle weiteren Maßnahmen, die die Geschäftsstelle für ein solches Programm für sinnvoll erachtet.</li> </ol> <p>Im Rahmen dieses Programms geschaffene Toilettenanlagen sollen analog zu den Stelen bei Landschaftsparkprojekten deutlich sichtbar auf die Beteiligung des Verbandes Region Stuttgart hinweisen. Die Verbandsgeschäftsstelle berichtet, ob Fördermöglichkeiten des Bundes oder Landes bestehen. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 250.000 Euro für den Start des Programms im Jahr 2020 ausreicht. Der ermittelte Betrag ist zur Beschlussfassung in den Haushalt 2020 einzustellen.</p>		
V.45. - 11	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Schusterbahn reaktivieren</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, alle Vorbereitungen für eine Bestellung einer durchgehenden RB/RE-Verbindung zwischen Plochingen und Bietigheim zu treffen. Dieser Bestellung soll folgendes Betriebskonzept zu Grunde liegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Durchgehender 30-Minuten-Takt Montag bis Sonntag</li> <li>2. Betriebszeit ca. 5:00 - 24:00 Uhr</li> <li>3. Durchgehende Fahrt als RE Plochingen—Untertürkheim mit Zwischenhalt in Esslingen und Ludwigsburg-Bietigheim</li> <li>4. Halt an allen Stationen als RB zwischen Ludwigsburg und Untertürkheim</li> <li>5. Prüfung eines Baus eines zweiten Bahnsteigs am Bahnhof Stuttgart-Münster, eventuell auch als Provisorium für eine schnellstmögliche Betriebsaufnahme</li> <li>6. Prüfung der Voraussetzungen für Halte an den Bahnhöfen Stuttgart-Obertürkheim und Esslingen-Mettingen</li> </ol> <p>Das Ergebnis der Vorbereitung soll dem Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.46. - 12	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Betriebskonzept für Panorama-Express-S-Bahn Zuffenhausen—S-Vaihingen</b></p> <p>Die Regionalversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Betriebskonzepts für eine Express-S-Bahn-Tangentialverbindung auf der Gäubahn-Panoramatrasse zwischen den Haltestellen Zuffenhausen und Stuttgart-Vaihingen zur Entlastung der S-Bahn-Stammstrecke. In diesem Zusammenhang ist die Reaktivierung des Haltepunkts Westbahnhof und weiterer möglicher Haltepunkte zu untersuchen. Ziel ist die Einführung der S-Bahn-Verbindung zum Fahrplanwechsel 2021-2022.</p>		
V.47. - 13	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>365-Euro-Jahresticket — 1 Euro pro Tag!</b></p> <p>1. Die Regionalversammlung beauftragt die Verbandsverwaltung, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zur Vereinfachung des bestehenden Tarifgefüges ein im gesamten VVS gültiges 365-Euro-Jahresticket mit monatlicher Zahlungsmöglichkeit für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Menschen in staatlichen Hilfesystemen (Beziehung von Hartz-4, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) einzuführen.</p> <p>2. Die Einbeziehung des Seniorentickets in das einheitliche 365-Euro-Jahresticket soll ebenfalls geprüft und optional dargestellt werden. 3. Zur Vermeidung ausufernder Kosten soll das 365-Euro-Jahresticket auf dem Prinzip der Abmangel-Finanzierung zur Kostenbegrenzung beruhen. Eventuelle Mehreinnahmen durch die Gewinnung neuer Kunden sind zu verrechnen.</p>		
V.48. - 14	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Kostenlose ÖPNV-Mitnutzung bis 14 Jahre</b></p> <p>Die Regionalversammlung beauftragt die Verbandsverwaltung, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) die kostenlose Mitfahrt für Kinder in öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, wenn sie mit Eltern, Großeltern oder anderen Betreuungspersonen gemeinsam im VVS unterwegs sind. Bis einschließlich dem 14. Lebensjahr sollen Kinder wie bei der Deutschen Bahn kostenlos mitfahren können, wenn ihre Begleitpersonen Tickets lösen.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.49. - 15	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Verkehrsstromanalyse für die Region</b></p> <p>1. Die Region Stuttgart erstellt – gegebenenfalls mit weiteren Partnern aus der Region – eine Verkehrsstromanalyse und schreibt diese regelmäßig fort. Die Verkehrsstromanalyse soll neben einer Gesamtdarstellung auch ÖPNV, MIV sowie – soweit möglich – bedeutsame Fahrradströme separat darstellen.</p> <p>2. Die Ergebnisse der Verkehrsstromanalyse sowie deren Fortschreibungen sind im Verkehrsausschuss vorzustellen und zu erläutern.</p> <p>3. Zur Erstellung und Fortschreibung sind neben bewährten Simulations- und Prognosemodellen wie zum Beispiel dem Verkehrsmodell des VWI auch regelmäßige Verkehrszählungen und Kundenbefragungen im ÖPNV heranzuziehen.</p> <p>4. Die für die Erstellung notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen.</p>		
V.50. - 16	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Ermittlung und Fortschreibung des „Modal-Split“ in der Region</b></p> <p>1. Die Region Stuttgart ermittelt an ausgewählten, repräsentativen verkehrlichen Schnittpunkten den verkehrlichen „Modal-Split“ für die gesamte Region, d.h. die Aufteilung der Verkehre auf die unterschiedlichen Fortbewegungsarten (PKW, ÖPNV, Fuß, Rad).</p> <p>2. Die Ermittlung ist in regelmäßigen Abständen zu wiederholen und die Werte sind fortzuschreiben.</p> <p>3. Die Region bietet anderen Körperschaften, Aufgabenträgern im Verkehr, dem VVS sowie weiteren interessierten Institutionen die Mitarbeit bei der Ermittlung und der Auswertung der Ergebnisse an.</p> <p>4. Die für die Erstellung notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen.</p>		
V.51. - 17	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Prüfung der Tariftreue – Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!</b></p> <p>Die Regionalverwaltung schafft die personellen und fachlichen Voraussetzungen, um zukünftig ihren gesetzlichen Pflichten aus § 7 LMTG BW zur Einhaltung des § 3 LMTG BW (Tariftreue) für die in der Aufgabenträgerschaft der Region durchgeführten Verkehre nachkommen zu können.</p> <p>Dabei soll auch auf das unterstützende Angebot der Landesserviceestelle Landestariftreue- und Mindestlohngesetz zurückgegriffen werden, die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtet wurde.</p> <p>Zur Reduzierung der Kosten kann eine Kooperation mit anderen Aufgabenträgern bei der Kontrolle – insbesondere innerhalb der Region Stuttgart – geprüft werden.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses
V.52. - 18	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Regionaler Radschnellwegegipfel</b></p> <p>Die Regionalversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Ausrichtung eines regionalen Radschnellwegegipfels. Ziel ist die überörtliche Abstimmung der laufenden Planungen zu einem regionsweiten Netz an Radschnellwegen für Pendlerverkehre sowie die Definition von Qualitätsstandards für Mobilitätsknotenpunkte zum öffentlichen Verkehrsnetz.</p> <p>Geladen werden dazu unter anderem Vertreter*innen aus dem Landesverkehrsministerium, Vertreter*innen der Fraktionen der Regionalversammlung, Vertreter*innen der Landkreise, Mittelstädte und des Regierungspräsidiums, Vertreter*innen von Fahrrad-Verbänden und Initiativen in der Region, sowie Experten.</p> <p>Auch interessierte Bürger*innen wird die Möglichkeit gegeben, am Gipfel teilzunehmen und Impulse zu geben. Etwaige Kosten werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt.</p>		

**III. Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 27.11.2019:**

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system		Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.01. - 98- 101	Region- nälrä- tInnen, die dem Vor- stand der Kul- turRe- gion ange- hören	<p><b>Vernetzung und Unterstützung von Kulturakteuren in der Region</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart unterstützt die Vernetzungsarbeit der KulturRegion durch die komplementäre Finanzierung einer Stelle „Regionalmanager/in Kultur“ mit insgesamt 120 000 € in den nächsten vier Jahren bei einem positiven Ausgang des vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg u.a. ausgeschrieben Wettbewerbsverfahrens.</p>	
W.02. - 102- 104	BN90/ Grüne, CDU/ ÖDP, Freie Wähler	<p><b>Wirtschaftlichen Wandel gestalten, Region nachhaltig entwickeln</b></p> <p>1. Die WRS wird beauftragt, den gerade stattfindenden Strategieprozess für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Region Stuttgart unter der Überschrift „Transformation in Richtung Nachhaltigkeit“ auszurichten und weiterzuentwickeln. Im Vordergrund sollen dabei vor allem Fragen der Dekarbonisierung von Wirtschaftsweisen und Lebensstilen, der Digitalisierung von Geschäftsmodellen und deren Beschäftigungswirkung sowie der Wandel in der Fahrzeugindustrie in Richtung vernetzte, nachhaltige Mobilität stehen. Alle wesentlichen regionalen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind dabei einzubinden.</p> <p>2. Der Verband richtet eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Wirtschaft im Wandel“ ein. Sie soll sich in erster Linie den Großthemen Digitalisierung und Klimawandel aus Perspektive der regionalen Wirtschaft widmen. Der Fokus liegt vor allem auf KMUs und Start-Ups sowie der Frage der Beschäftigungssicherung und Qualifikation. Die Arbeitsgruppe bereitet Diskussionen im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung sowie der Regionalversammlung zu diesen Themen vor und ist in den unter Punkt 1 beschriebenen Prozess der regionalen Wirtschaftsförderung WRS einzubinden.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.03. - 64	CDU/ ÖDP	<p><b>Identifizierung von erfolgversprechenden Zukunftstechnologien/-themen für die Region Stuttgart</b></p> <p>Die WRS wird beauftragt, im Rahmen des Strategieprozesses „RS Reloaded“, unterstützt durch externe Experten, eine Analyse möglicher erfolgversprechender Zukunftstechnologien/-themen / Zukunftscluster vorzunehmen und zu bewerten, inwiefern diese Technologien und Märkte zur Region Stuttgart mit ihren Stärken (Hochschulen, Infrastruktur, Unternehmen, Facharbeiter usw.) passen. Das Ergebnis soll der Regionalversammlung als Basis für die Entscheidung dienen, welche Themen und Cluster schwerpunktmäßig in den nächsten Jahren gefördert und forciert werden sollen. Die Entscheidung soll im Frühsommer 2020 fallen. Anschließend soll die WRS ein Konzept zur Förderung dieses Clusters / dieser Themen (u.a. durch Ansiedlungen) erarbeiten. Das Konzept soll im Herbst 2020 verabschiedet und dann direkt umgesetzt werden, d.h. für alle drei Schritte (Analyse, Konzepterarbeitung und Umsetzung) sind im notwendigen Umfang Haushaltsmittel einzustellen.</p>		
W.04. - 65	CDU/ ÖDP	<p><b>Regenerative Stromerzeugung auf Parkplätzen</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Potenzialstudie über die verstärkten Möglichkeiten zur Nutzung von Photovoltaik über die klassische Gebäudeanlage hinaus, mittels Überdachung von Parkplätzen durchzuführen.</p>		
W.05. - 66	CDU/ ÖDP	<p><b>Haushaltsstelle 43580010 in Höhe von 300.000 Euro mit Sperrvermerk versehen</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Haushaltsstelle 43580010 in Höhe von 300.000 Euro für eine Ausstellung im Stadtpalais mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p>		
W.06. - 67	CDU/ ÖDP	<p><b>Proaktive Begleitung des Transformationsprozesses in der Automobilindustrie</b></p> <p>Die WRS wird beauftragt, im Rahmen eines Fachkongresses mit den wesentlichen Akteuren der Automobilindustrie aus den großen Automotive-Regionen in Europa (Region Stuttgart, Ile de France, Katalonien, Lombardei) die zu erwartenden Veränderungen und die Herausforderung in der Automobilindustrie bzw. daraus resultierende Anforderungen an die politische Rahmensetzung zu erörtern. Dabei soll insbesondere auch erörtert werden, ob und in welchem Umfang die Brennstoffzellentechnologie in Zukunft eine Rolle spielen wird.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.07. - 86	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p><b>Klimafreundlicher Lieferverkehr in der Region</b></p> <p>Die WRS wird beauftragt gemeinsam mit der IHK zu eruieren, wie der aktuelle Stand hinsichtlich eines klimafreundlichen Lieferverkehrs in der Region Stuttgart ist. Vor allem in welchen Mittelzentren bereits Flächen für Mikro-Depots/ Mikro-Hubs für eine empfangenbezogene Bündelung des Lieferverkehrs zur Verfügung gestellt wurden und eine nachhaltige Innenstadtlogistik derzeit auf den Weg gebracht wird. Darüber hinaus darzustellen mit welchen Maßnahmen der Verband Region Stuttgart einen nachhaltigeren, umweltfreundlichen Lieferverkehr in der Region Stuttgart befördern und unterstützen kann.</p>		
W.08. - 90	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p><b>Auslobung eines Nachhaltigkeitspreises an Schulen</b></p> <p>Um das Thema Nachhaltigkeit zu stärken und das Bewusstsein für die regionale Idee gerade bei Jugendlichen zu wecken, lobt die Regionalversammlung einen regionalen Nachhaltigkeitspreis für Schulen aus. Gedacht ist an 10 000€ für 3 PreisträgerInnen.</p>		
W.09. - 59	Freie Wähler	<p><b>Mehr Zeit für den Regionalentwicklungsbericht</b></p> <p>Die Freien Wähler beantragen, den Regionalentwicklungsbericht nur noch alle 3 Jahre neu zu erstellen.</p>		
W.10. - 61	Freie Wähler	<p><b>Innovationen und Umsetzungstechnologie in der Region halten</b></p> <p>Der Verband wird gebeten, zu berichten, ob die Region Stuttgart zu einer „Wasserstoffregion“ ausgebaut werden kann. Außerdem wird beantragt, gemeinsam mit der WRS, aufzuzeigen, wie die Technologie für die Wasserstoffproduktion und deren Einsatz, gerade in der Mobilität, in der Region gehalten werden kann, um Arbeitsplätze zu schaffen und dauerhaft sichern. Der Einstieg in Forschungs- und Entwicklungsprojekte - durch den Verband oder die WRS - zur Erzeugung und Verwendung von Wasserstoff wird ermöglicht.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.11. - 62	Freie Wähler	<p><b>Stuttgart Marathon</b></p> <p>Der Verband nimmt das Gespräch mit der SportRegion Stuttgart auf, um abzuklären, ob in der Region ein „Stuttgart Marathon“ ausgerichtet werden kann und ob der Württembergische Leichtathletik-Verband, der den Stuttgart-Lauf ausrichtet, auch Veranstalter eines Stuttgart Marathon sein könnte. Hinsichtlich der Streckenführung ist der regionale Gedanke aufzugreifen. Die Durchführung auf der Markung nur einer Kommune wäre damit nicht vereinbar. Daher sind in die Gespräche, sollte sich eine Umsetzung abzeichnen, sehr früh die Kommunen einzubeziehen. Im WIV ist über die Gespräche zu berichten.</p>		
W.12. - 43	SPD	<p><b>Organisation und Digitalisierung der Geschäftsstelle VRS</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. über den Stellenzuwachs und die Aufgabenzuordnung dieser Stellen in den vergangenen drei Jahren sowie über die Einordnung der im HH 2020 beantragten, rein zusätzlichen Stellen, vor Beginn des Stellenbesetzungsverfahrens zu berichten;</li> <li>2. über die konkreten Projekte und Strategien zur Digitalisierung der Prozesse, insbesondere über die Organisation eines digitalen Workflow bei der Erstellung der Vorlagen, zu berichten;</li> <li>3. die im HH genehmigten Stellen erst nach Berichtsvorlage zur Besetzung freizugeben.</li> </ol>		
W.13. - 44	SPD	<p><b>Wohnraum zu tragbaren Belastungen in der Region Stuttgart</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, eine Wohnungsbaubilanz für das Gebiet des VRS zu erstellen. Insbesondere soll über die Fertigstellung von Wohnungen in den verschiedenen Modellen des geförderten Wohnungsbaus in den vergangenen drei Jahren und den geplanten Kapazitäten geförderten Wohnungsbaus in den einzelnen Städten und Gemeinden der Region berichtet werden.</p>		
W.14. - 45	SPD	<p><b>Regionale/Kommunale Aktivitäten hinsichtlich Klimawandel/CO2 Emissionen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zweijährig über die kommunalen Aktivitäten zur CO2-Minderung in den einzelnen Städten zu berichten, Bausteine, Themen und Initiativen strukturiert zusammenzutragen und ggf. ein Austauschformat zwischen den Städten und Gemeinden zu organisieren.</p>		



Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.15. - 46	SPD	<p><b>Zukunft der Arbeit in der Region Stuttgart</b></p> <p>Die Regionalverwaltung und die WRS werden beauftragt, ein Dialogformat zur öffentlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeit in der Region Stuttgart, ggf. gemeinsam mit der IHK und den Gewerkschaften zur regionalpolitischen Begleitung der tiefgreifenden Veränderungen durch die Entwicklung der Elektromobilität und die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (Gesellschaft 4.0) fortzuschreiben.</p>		
W.16. - 47	SPD	<p><b>Ladeinfrastruktur zur Elektromobilität und Wasserstofftankstellen ausbauen</b></p> <p>Die Regionalverwaltung und die WRS werden beauftragt, über den Stand des Ausbaus und der Planungen der Ladeinfrastruktur und Tankinfrastruktur für Wasserstoff betriebene Fahrzeuge im VRS zu berichten und die Frage eines Förderprogramms zum schnelleren Ausbau zu prüfen.</p>		
W.17. - 48	SPD	<p><b>Informationsnetzwerk der Wirtschaftsförderung in der Region Stuttgart stärken</b></p> <p>Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt, zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordinierung der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Region geeignete Informations- und Kooperationsplattformen zu entwickeln, die den Austausch und die interkommunale Zusammenarbeit zu Projekten der Wirtschaftsförderungen in der Region unterstützt.</p>		
W.18. - 49	SPD	<p><b>Strategische Themen definieren und Innovationsprojekte in der Region Stuttgart voranbringen</b></p> <p>Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt, strategische Themen der Region zu definieren, diese in der Region zu bündeln und beratend zu unterstützen. Ein solches strategisches Thema sollte die Förderung des Innovations- und Gründungsgeschehens in der Region sein.</p>		
W.19. - 50	SPD	<p><b>Angebote der WRS in die Fläche der Region bringen</b></p> <p>Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt, bei der Durchführung von Veranstaltungen und Formaten die Städte und Gemeinden der Region als Veranstaltungsorte angemessen zu berücksichtigen.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.20. - 51	SPD	<p><b>Entwicklung der Welcome Center</b></p> <p>Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt, über die Arbeit und Entwicklung der Welcome Center zu berichten. Dabei soll unter anderem Auskunft über folgende Punkte gegeben werden:</p> <p>a) Wie viele internationale Fachkräfte wurden erfolgreich beraten, aus welchen Ländern stammen sie und in welchen Branchen in der Region sind sie tätig;</p> <p>b) Wie und mit welchen Kooperationspartnern werden Fachkräfte aus dem Ausland geworben;</p> <p>c) Durch welche Maßnahmen tragen die Welcome Center zur Integration der Neubürgerinnen und Neubürger bei;</p> <p>d) Welche Unterstützung können Welcome Center bei der Einbürgerung von Zuwanderern leisten.</p>		
W.21. - 23	FDP	<p><b>Regionalwahl 2024 - Wahlrechtsreform</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart</p> <p>a.) setzt eine interfraktionelle Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge für eine Reform des Regionalwahlrechts erarbeitet, mit denen das geltende Listenwahlrecht durch ein Wahlrecht ersetzt wird, das Elemente der Persönlichkeitswahl einschließt. Im Anschluss werden die Vorschläge der Regionalversammlung vorgelegt.</p> <p>b.) gibt zur Vorbereitung der Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe eine Studie in Auftrag, die zusammenfasst, welche Möglichkeiten einer Veränderung des Wahlrechtes im Sinne einer stärkeren Persönlichkeitswahl bestehen und beispielsweise in Europa bereits angewendet werden. Die notwendigen Mittel dafür sind in den Haushalt einzustellen.</p>		
W.22. - 26	FDP	<p><b>Livestream oder zeitversetzte Videodokumentation Regionalversammlung / Videoprotokoll</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>Der Verband Region Stuttgart legt ein Konzept für die verstärkte Bürgerbeteiligung durch die Übertragung der Sitzungen der Regionalversammlung als Streamingdienst oder das Einstellen von Videomitschnitten in eine Mediathek für den Start im Jahr 2020 vor. Das Konzept enthält auch mögliche weitergehende Schritte mit Blick auf die Untergremien der Regionalversammlung. Ein Vorschlag einer überarbeiteten Geschäftsordnung wird dem Ältestenrat zur Beratung vorgelegt.</p> <p>Der Etat für Öffentlichkeitsarbeit im Haushalt 2020 wird für diesen Zweck um 200.000 Euro aufgestockt. Wenn die Geschäftsstelle einen niedrigeren Kostenansatz für ausreichend hält, wird dieser zur Beschlussfassung in den Haushaltsentwurf 2020 eingestellt.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.23. - 27	FDP	<p><b>Ausbluten der Innenstädte verhindern – Ergänzung zu Lieferlogistik optimieren</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020. Der Beschluss „Lieferlogistik optimieren“ Sitzungsvorlage Nr. 262/2019, Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung vom 03.07.2019 wird durch einen Baustein ergänzt, der die Citymanager beziehungsweise die lokal vorhandenen Organisationen von Handel und Gewerbe in den regionalen Kommunen in das Projekt mit einbezieht, um dazu beizutragen, das Ausbluten der Innenstädte zu verhindern. Sollten die bereits in den Haushalt eingestellten Mittel dafür nicht ausreichen, wäre der zusätzliche Bedarf durch die Geschäftsstelle zu ermitteln und in den Etatentwurf 2020 zur Beschlussfassung einzustellen.</p>		
W.24. - 32	FDP	<p><b>Zukunftskonzept für die Digitalisierung von Sport- und Eventstätten in der Region</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2020.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart initiiert mit Blick auf die Fußball-EM 2024, zu deren Austragungsorten auch Stuttgart gehört, und zur Förderung der regionalen Wirtschaft ein Zukunftskonzept für die Digitalisierung der Sport- und Eventstätten in der Region, deren elektronischer Vernetzung mit den ÖPNV-Angeboten und der Verkehrslenkung des Individualverkehrs. Außerdem sollen im Rahmen des Projektes neue onlinebasierte Vermarktungs- und wirtschaftliche Nutzungskonzepte für Sportereignisse und andere Events entwickelt werden, die der Wirtschaft rund um diese Ereignisse und Veranstaltungen neue Impulse geben.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart soll dafür eine Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart anstreben, die für den Umbau der Mercedes-Benz-Arena Geld bereit stellen will: Die Stadiongesellschaft der Mercedes-Benz-Arena soll von der Stadt laut Presseberichten „einen Zuschuss in Höhe von 20 Millionen Euro zur Modernisierung der Mercedes-Benz-Arena für die EM 2024“ erhalten. „Außerdem nimmt die Stadiongesellschaft ein Darlehen von 22,5 Millionen Euro auf. Das restliche Drittel der insgesamt rund 65 Millionen Euro hohen Investition soll der VfB Stuttgart selbst stemmen.“ Die Mercedes-Benz-Arena könnte damit Keimzelle einer digitalen Entwicklung werden, die für alle Sport- und Eventstätten der Region neue Impulse setzt.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart beauftragt aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Projektes für die Region die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region (WRS) mit der Umsetzung des Projektes und im ersten Schritt damit, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die die möglichen Aktionsfelder und -partner bestimmt. Für das Projekt sind 250.000 Euro zur Beschlussfassung in den Haushalt 2020 einzustellen.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung
W.26. - 9	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.</b></p> <p>1. Das Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ berichtet in einem Ausschuss der Regionalversammlung über seine Arbeit und seine Ziele.</p> <p>2. Die Verwaltung soll im Anschluss an diesen Bericht Wege aufzeigen, wie diese Themen und Ziele in der Region weiter verfolgt werden können, und wie die Kommunen die Herausforderungen des Klimawandels mit Unterstützung des Verbandes Region Stuttgart besser meistern können.</p>		
W.27. - 10	DIE LINKE/ PIRAT	<p><b>Trickstar Nature Award</b></p> <p>Beim Internationalen Trickfilm Festival (ITFS) wird der Preis Trickstar Nature Award ausgelobt. Dieser Preis soll entsprechend dem Trickstar Business Award beim ITFS in Stuttgart mit 7.500 Euro pro Jahr dotiert sein, und wie dieser von der Region finanziert werden.</p>		